

Gemeinderat geht in Klausur: Künftige bauliche Entwicklung der Stadt wird diskutiert

Weiter Kurbetrieb oder künftig Wohnen?

Die schwierige Entscheidung über die künftige bauliche Entwicklung in der Kurstadt will der Gemeinderat nicht übers Knie brechen, sondern in einer baldigen Klausur umfassend über die verschiedenen Aspekte beraten. Deshalb hat er die Bauvoranfrage des Roten Kreuzes für das derzeit leerstehende Haus Hohenbaden verjagt.

VON CARMEN SCHREIBER

Bad Dürkheim - Einfach ist die Sache nicht: Das Kurwesen, bislang wirtschaftliches Kernstück der Kurstadt dümpelt, ob und wann es wieder in Schwung kommt, ist nicht recht absehbar. Tannenhofklinik, Haus Hohenbaden, Kurheim- und Sanatorium und Karolushaus haben ihre Pforten geschlossen. Allesamt liegen sie an den schönsten Plätzen, die die Stadt zu bieten hat - und für alle gilt: Sondernutzung Kureinrichtungen. Für die eine fand sich eine passende Nutzung, für eine andere soll eine Wohnbebauung in Teilen zugelassen werden, wenn für die eigentliche Klinik ein passendes Nutzungskonzept vorgelegt wird. Für große Bereiche aber zeichnet sich bislang keine Wirtschaft-



Das Haus Hohenbaden, das Casa Vitale für Senioren-Wohngruppen nutzen möchte, veranlasst den Gemeinderat, in einer Klausur über die künftige bauliche Entwicklung der Stadt nachzudenken.

BILD: SCHREIBER

lich sinnvolle und bebauungsplan-konforme Nutzung ab. Da läge es nahe, für diese Areale die Sondernutzung aufzuheben und anderes zuzulassen, beispielsweise Wohnbebauung. Die Filetstücke am Kurpark wären sicher gefragt. Aber soll die Stadt sich für die Zukunft jegliche Kurnutzung verbauen? Das wollte der Gemeinderat nicht mal eben in einer Sitzung entscheiden. Deshalb will man sich mit dem Thema eingehend in einer Klausur befassen, die aber sehr zeitnah stattfinden soll.

Denn es gibt einen aktuellen Auslöser für die Überlegungen: Das Rote Kreuz möchte einen Teil des zurzeit leerstehenden ehemaligen Mutter-Kind-Kurheims für zehn Jahre an Casa Vitale vermieten. Bislang hatte man erfolglos versucht, die Häuser zu vermieten oder zu verkaufen. Dort sollen nach den jetzigen Plänen auf drei Etagen drei Seniorenwohngruppen eingerichtet werden, wie Markus Stüttgen, SPD-Stadtrat und Casa-Vitale-

Gesellschafter dem Gremium erläuterte. „Die Menschen sollen einen normalen Tagesablauf erleben, unterstützt von Betreuern, die auch nachts da sind.“ Leben wie zuhause soll für die Senioren, darunter auch Demenzzranke, möglich sein. Das zwar denkmalgeschützte Gebäude sei fast ideal, außen sei lediglich eine zusätzliche Außentreppe nötig, innen müsse ebenfalls nur wenig geändert werden. Auch der große Park sei gut geeignet.

„Wir verkennen die soziale Komponente nicht und sind grundsätzlich aufgeschlossen“, sagte Heinrich Glunz, CDU-Fraktionssprecher. Die Zurückhaltung rühre daher, dass man nicht in Versuchung geraten wolle, die Sondergebiete Kur scheinbarweise zu veresporn. Vor einer grundsätzlichen Entscheidung müsse man über die schwerpunktmäßige Ansiedlung von Kurbetrieben entscheiden. „Die Kur hat eine Zukunft in Bad Dürkheim, der dürfen wir uns nicht in den Weg stellen.“ Wolfgang Kaiser plädierte auch für eine Generaldebatte in Klausur, wollte dies aber nicht als Zeichen verstanden wissen, dass eine Entscheidung verzögert werden soll.

Guido Rebolz, FDP-Sprecher, stellte klar: „Das Haus kann in dieser Form nicht mehr an den Markt. Auch wenn die Situation besser wird, bietet es

nicht mehr den konkurrenzfähigen Komfort.“ Die geplante Wohngruppe hingegen stelle immerhin sicher, dass das historische Haus in gutem Zustand erhalten und nicht von Einbrechern heimgesucht werde. Man könne nach Ablauf des Mietvertrags in zehn Jahren ja immer noch den alten Bebauungsplan wieder einsetzen. Günter Tschida, Sprecher der Freien Wähler, will vor allem Rechtssicherheit. „Wir wollen keine Wohnbebauung durch die Hintertür.“ Eine grundsätzliche Entscheidung sei nötig, man solle nicht dauern, mit Sonderregelungen hantieren müssen.

Die rechtliche Lage sei eindeutig, sagte Bürgermeister Walter Klumpp. Es wäre kein Präzedenzfall, würde man die gewünschte Befreiung vom Bebauungsplan in diesem Fall gewähren. Er erinnerte auch daran, dass es bereits Umwandlungen der Festsetzungen an der Luisenstraße gegeben habe. Man dürfe das Thema nicht auf die lange Bank schieben, denn es liege ein konkreter Antrag vor. Schwer festzulegen sei, da warnte er die Gemeinderatsmitglieder ausdrücklich, wie ein Bebauungsplan künftig aussehen sollte - solange es keine konkreten Anfragen gebe. Die Möglichkeiten seien vielfältig, vom allgemeinen Wohngebiet bis zu Sondergebieten.